

## **6 Fragestunde**

**Bgm. Nagl:**

Soweit die Mitteilungen. Wir kommen jetzt zu unserer Fragestunde. Es ist auf unserer Gemeinderatssaaluhr 12.34 Uhr. Ich darf den ersten Redner, den Herrn Klubobmann Ehmann, ans Rednerpult bitten, er stellt seine Frage an Herrn Stadtrat Dr. Riegler.

### **6.1 Frage 1: Mögliche Überführung der GBG in die Graz Holding Graz (GR Ehmann, SPÖ an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

**Ehmann:**

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Herr Bürgermeister, geschätzter Herr Stadtrat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen auf der Galerie. In jüngster Zeit wurde durchaus vermehrt kolportiert, sowohl in Gesprächen als auch in aktuellen Tageszeitungen, dass die heuer geplante Neustrukturierung der Gesellschaften und Beteiligungen, Stichwort Holding 2.0, dass auch die GBG davon betroffen sein könnte, als eigenständige Gesellschaft aufgelöst und an die Graz Holding angegliedert werden könnte. Dass derartige Meldungen bei den betroffenen MitarbeiterInnen durchaus auch für Verunsicherung sorgen, ist nachvollziehbar, zumal auch schon die verschiedensten Varianten, mit nur Teilen davon, ausgegliedert zu werden, bis zur vollständigen Überführung des gesamten Bereiches kolportiert werden.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

**Frage:**

Welche Überlegungen gibt es in Zusammenhang mit den mehrmals schon angesprochenen Neustrukturierungen der Gesellschaften und Beteiligungen für die GBG?

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrter Herr Stadtrat! In jüngster Zeit wurde vermehrt kolportiert, dass im Zuge der heuer geplanten Neustrukturierung der Gesellschaften und Beteiligungen die GBG als eigenständige Gesellschaft aufgelöst und an die Graz Holding angegliedert werden könnte. Dass derartige Meldungen bei den betroffenen MitarbeiterInnen für Verunsicherung sorgen, ist nachvollziehbar, zumal auch schon die verschiedensten Varianten - von der Angliederung von nur Teilen der GBG an die Holding bis hin zur vollständigen Überführung des gesamten Bereiches - kolportiert werden. Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die*

**Frage:**

*Welche Überlegungen gibt es in Zusammenhang mit den mehrmals schon angesprochenen Neustrukturierungen der Gesellschaften und Beteiligungen für die GBG?*

**StR. Dr. Riegler:**

Sehr geehrter Herr Klubobmann, hoher Gemeinderat, danke für die Frage. Gleich das Wichtigste vorweg, es gibt keinen Grund zur Sorge. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht nur der GBG, sondern aller städtischen Beteiligungen, haben einen sicheren Job und werden gebraucht und wertgeschätzt. Das vielleicht gleich einmal zu Beginn, es gibt keinen Grund zu irgendeiner gearteten Sorge. Lass mich kurz noch einmal die Genese der GBG in Erinnerung rufen. Die GBG wurde ursprünglich

gegründet vor 2004, um unter anderem eben Grundstücke zu bevorraten, allenfalls für Stadtentwicklungs-, Betriebsansiedelungsprojekte eben Grundstücke anzuschaffen. Nach und nach sind dann weitere Aufgaben dazugekommen, insbesondere auch gleich von Beginn weg die Grünraumsicherung. Also wann immer die Stadt Graz, und das ist ja nicht so knapp, Wälder oder Waldflächen kauft, um sie eben sozusagen den Grazerinnen und Grazern zur Erholung zur Verfügung zu stellen, ist die GBG zu Diensten. Darüber hinaus hat die GBG dann nach und nach die Aufgaben des Baumanagements sowie der Forstbewirtschaftung übernommen und schlussendlich auch die Reinigung. Dankenswerterweise sogar auch die Reinigung von lästigen Graffitis. Das vielleicht einmal so als Einleitung. Wie ihr weiters wisst, hat es dann die Immobilientransaktionen gegeben, die aus Maastrichtoptimierungsgründen notwendig und sinnvoll waren und die auch in anderen Gebietskörperschaften stattgefunden haben, siehe NIG, siehe BIG, diese Rückführung, die jetzt stattgefunden hat der Liegenschaften und der damit in Bezug stehenden Aufgaben, veranlasst uns jetzt in dieser Regierungsperiode, in dieser Agenda-Periode 2022 tatsächlich auch einmal hinzuschauen und zu schauen, wo gibt es möglicherweise Produktivitätspotentiale, wo gibt es möglicherweise Synergiepotentiale, denn sowohl die Waldbewirtschaftung als auch bestimmte Reinigungsdienste kommen sowohl in der GBG als auch in der Holding Graz vor. Daher haben wir uns in der Regierungskoalition gemeinsam zum Ziel gesetzt, in den nächsten beiden Jahren ein Projekt Beteiligungen 2.0 aufzusetzen, bei dem wir eben solche Synergiepotentiale überprüfen und untersuchen wollen und daraus dann die richtigen Schlüsse ziehen wollen, aber noch einmal, es gibt keinen Grund zur Besorgnis, die GBG ist und bleibt ein wichtiger Bestandteil des städtischen Beteiligungsportfolios. (Appl.)

**Ehmann:**

Ich bin sehr froh darüber, hören zu dürfen, dass die Wertschätzung der Beschäftigten hier noch einmal deutlich zum Ausdruck gekommen ist durch den zuständigen

Beteiligungsstadtrat und freue mich auch hier, den Betroffenen die Verunsicherung offensichtlich nehmen zu können. Aber wie man weiß als gelernter Österreicher, ist es halt so bei Umstrukturierungen haben die Beschäftigten meistens keinen Gewinn, sondern es ist eher das Gegenteil der Fall, siehe momentan die Replik der letzten Bundesregierung im Bereich Kassenfusionen. Ihr habt jetzt alle einmal die ZIB gesehen, dass aus der Patientenmilliarde mehrfache Verschuldungen im dreistelligen Millionenbereich sind, was eh vorauszusehen war, wenn man ein wenig mitdenkt. Aber hier sehen wir zumindest, dass in der Stadt hier offensichtlich verantwortungsvoller bei Umstrukturierungen umgegangen wird. Mein Ersuchen wäre nur an dich als Beteiligungsstadtrat, dass du auch nachwirkst und einwirkst, dass auch die Geschäftsführung, die dort zuständige und verantwortliche, natürlich auch die Personalvertreter in diese Umstrukturierungen miteinbindet. Von Beginn weg, weil das natürlich schon Sinn macht, weil die Beschäftigten sich an die Personalvertreter wenden, wenn es zu Verunsicherungen kommt und wenn die auch nichts wissen davon, dann ist das irgendwie eine ungeschickte Kommunikation. Danke und das wäre meine Anmerkung.

**Riegler:**

Erstens einmal habe ich natürlich noch zu erwähnen, dass auch die Werkstätten, die sehr hoch geschätzt sind, in der Körblergasse auch noch dabei sind, aber ich kann dich beruhigen, wir werden in allen Phasen dieser Potentialerhebung jedenfalls auch alle Involvierten miteinbeziehen.

**Nagl:**

Ich darf dir vielleicht auch diese Sorge nehmen. Ich kann mich noch gut erinnern, als wir diesen Reformprozess gestartet haben und die Beschlüsse im Gemeinderat gemacht haben, war die Personalvertretung auf der Seite der damaligen schwarz-

grünen Koalition, die SPÖ war schwer dagegen. Wir haben allerdings auch die Millioneneinsparungen dann über den Rechnungshof auch wirklich nachweisen können und wir haben vor, den komplett strukturierten Bereich jetzt wieder anzuwenden. Sprich, also auch mit Beratung, mit den gleichen Gremien und es werden auch die Personalvertreter, aber auch unsere Magistratsdirektoren, Geschäftsführer, alle eingebunden sein, das habe ich mit dem Herrn Vizebürgermeister und unseren Fraktionen bereits ausgemacht. Die Reform heißt dann Haus Graz 2.0.

**6.2 Frage 2: Klimaneutralität Graz 2040  
(GR Swatek, Neos an Stadträtin Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

**Swatek:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehertribüne, sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Judith. Wie du sicherlich auch durch die Medien verfolgt hast und sicherlich auch begrüßt, hat die Österreichische Bundesregierung erklärt in ihrem Regierungsprogramm, dass sie sich das Ziel setzt, bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu sein. Was natürlich ein sehr wichtiger Schritt ist in der Klimapolitik in Österreich. Damit man dieses Ziel aber auch umsetzen kann, ist es dementsprechend auch wichtig, auf allen Ebenen an einem Strang zu ziehen. Das heißt, dass sehr wohl der Bund, die Länder, aber auch die Gemeinden in Österreich sich das Ziel der Klimaneutralität 2040 setzen, aber auch die Maßnahmen setzen, damit das erreicht wird, denn nur wenn man gemeinsam an einem Strang zieht, ist es auch realistisch, dass das Ziel erreicht wird. Denn nicht der Bund stoßt CO<sub>2</sub> aus, sondern vor allem auch die Länder und die Gemeinden an sich. Um den Temperaturanstieg, der ja durch den Klimawandel einhergeht, einzuschränken, und da ist das Ziel ja laut dem Pariser Klimaabkommen eine Maximaltemperaturerhöhung von 1,5 bis 2 Grad, obwohl wir da in Mitteleuropa ja stärker betroffen wären, hat man sich bis jetzt sowohl im Bund, Land, aber auch in der

Stadt eigentlich das Ziel gesetzt, die CO<sub>2</sub>-Emissionen um rund 50 % bis 2030 und bis 2050 in der Stadt zumindest um rund 90 % zu senken. Wenn man sich jetzt natürlich das Ziel setzt, den Klimawandel stärker einzudämmen, früher einzudämmen, zu schauen, dass es weniger Anstieg von Hitzetagen oder Tropennächten gibt, dann geht mit der Klimaneutralität 2040 auch einher, dass man bei den derzeitigen Plänen, die wir auch in der Stadt haben, nachschärfen muss und daher meine

### **Frage**

an dich:

Sehr geehrte Stadträtin Mag.<sup>a</sup> Schwentner, bekennt sich die Stadt Graz zum Ziel der neuen Bundesregierung, Österreich mit 2040 klimaneutral zu machen?

#### **Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrter Stadträtin Mag.<sup>a</sup> Schwentner, die Österreichische Bundesregierung erklärt in ihrem Regierungsprogramm die Absicht, bis zum Jahr 2040 die Klimaneutralität zu erreichen und setzt damit eine wichtige Vorgabe für unsere Klimapolitik der kommenden Jahre. Um die geplanten Ziele auch umzusetzen, bedarf es nicht nur einer fokussierten Klimapolitik des Bundes, sondern vor allem auch der Mitwirkung der Länder und Gemeinden. Denn Österreich kann seine Vorsätze nur dann erreichen, wenn auch jede Stadt und jede Gemeinde selbst auch dazu bereit ist, bis zum Jahr 2040 auf Klimaneutralität hinzuarbeiten. Um den Temperaturanstieg durch den Klimawandel auf 1,5 bis 2 Grad zu beschränken, verfolgte man in der Stadt Graz im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen bis jetzt das Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um mindestens 50 Prozent und bis 2050 um rund 90 Prozent zu senken. Um dieses Ziel zu erreichen und die Folgen des Klimawandels für unsere Stadt, wie ein weiterer Anstieg von Hitzetagen und Tropennächten, einzudämmen, ist es daher nötig, die CO<sub>2</sub>-*

*Emissionen in und von unserer Stadt zu minimieren. So soll beispielsweise das Fernwärmenetz bis 2027 zu 50% und bis 2050 zu 100% aus CO<sub>2</sub>-freien Erzeugern gespeist werden. Das Ziel der Klimaneutralität 2040 wird es erfordern, die derzeitigen Zielsetzungen der Stadt im Bereich des Klimaschutzes nachzuschärfen.*

*Doch vorab stellt sich die*

**Frage:**

*Sehr geehrte Stadträtin Mag.<sup>a</sup> Schwentner, bekennt sich die Stadt Graz zum Ziel der neuen Bundesregierung, Österreich mit 2040 klimaneutral zu machen?*

**Schwentner:**

Danke, lieber Niko Swatek, danke für diese sehr wichtige Frage, und inhaltlich kann ich alle deine Ausführungen nur zustimmen und du wirst von mir in meiner Rolle als Umweltstadträtin ein sehr klares und deutliches und ein sehr dringliches Ja hören. Aber ich kann das nur beantworten in meiner Rolle als Umweltstadträtin und nicht als Stadt Graz und auch nicht als Teil der Koalition. Das heißt, ich kann nur darauf hinweisen, dass das Umweltamt noch vor Zustandekommen dieser Bundesregierung eine Studie in Auftrag gegeben hat ans Wegener-Center. Diese Studie haben wir sehr ausführlich im Ausschuss, in zwei Ausschüssen diskutiert und wenn ich daran denke, wie schwierig die Diskussion dort war und dass sich die Diskussion dort in erster Linie darauf beschränkt hat, ob wir zustimmen können oder ob wir nur zur Kenntnis nehmen oder zustimmend zur Kenntnis nehmen uns quasi da sehr viele Kreise gedreht haben, aber nicht auf die inhaltliche Ebene tatsächlich gegangen sind, was das nämlich in aller Konsequenz heißt, was uns da vorgerechnet wurde mit großer Geduld von Prof. Steininger, der im Ausschuss anwesend war und um auf das noch einzugehen, das heißt nämlich, so wie du es angesprochen hast, sehr große Konsequenzen und eine ganz große Aufgabe, weil wenn wir so weitermachen als Stadt Graz wie bisher, dann ist

unser Treibhausgasbudget, das uns zur Verfügung steht, 2030 verbraucht und nicht 2040 und nicht 2050, wie es eigentlich in der Studie berechnet war. Das heißt, wir alle als EndverbraucherInnen, aber natürlich auch wir als Stadt Graz, sind dringend gefordert, was zu tun und Maßnahmen zu setzen und es bedeutet, so wie es auch in der Studie drinnen steht, eine umfassende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft und sehr viele Maßnahmen auf sehr vielen Ebenen für die Stadt Graz. Es beginnt bei der Energie, geht weiter bis zur Mobilität, aber auch zu Maßnahmen wie einem Klimacheck, den wir schon oft als Grüne auch im Gemeinderat angeregt haben, dem leider nie zugestimmt wurde. Deswegen kann ich nur sagen zusammenfassend, als Umweltstadträtin ja, wenn ich aber heute gefragt werde, ob die Stadt Graz, und ich beantworte das jetzt sozusagen auch in Richtung Koalition, hinter den Klimazielen der Bundesregierung steht, dann und da muss man dazu sagen, du hast es erwähnt, die Klimaziele der Bundesregierung sind weitaus ambitionierter als die des Wegener-Centers, weil die waren 2050 und die Regierung redet von 2040, und wissend, dass sich der Gemeinderat nicht einmal durchringen konnte, diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, müsste ich das aus meiner Perspektive mit einem Nein beantworten.

**Swatek:**

Danke für die aus deiner Perspektive erfreuliche Nachricht. Es gibt jetzt trotzdem auch in deinem Ressort gewisse Beschlüsse, vor allem was die Energie betrifft, die auch das Ziel 2050 bis jetzt verfolgt haben. Ist es deinerseits jetzt geplant, bei diesen Beschlüssen jetzt nachzuschärfen und sie dem Gemeinderat vorzulegen, um so vielleicht einen Beschluss vom Gemeinderat zu bekommen?



**Schwentner:**

Ja natürlich, ich sehe das als Aufgabe von mir als Umweltstadträtin, aber auch die grüne Fraktion im Gemeinderat wird das tun in sämtlichen Bereichen. Aber wir werden natürlich eine weitere Arbeit in Bezug auf den Ausbau der Fernwärme, da bin ich jetzt auch gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister in Absprache, dass wir das weiter ausbauen und es gibt viele andere Initiativen, die gesetzt werden. Natürlich, das sehe ich als grundsätzliche Aufgabe, da wirklich auch die Dringlichkeit immer wieder einzufordern in Maßnahmen.

**6.3 Frage 3: AOG: Umsetzungsgrad im Verkehrsressort  
(GR Mag.(FH) Egger, ÖVP an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

**Egger:**

Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Werte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne. Die schwarz-blaue Rathauskoalition hat in den letzten Wochen darauf geschaut, wie weit es mit der Abwicklung des eigenen Programmes steht, hat nach drei Jahren Bilanz gezogen und sich überlegt, was muss man in den nächsten zwei Jahren noch angehen, was wurde bereits erledigt und es hat sofort, nachdem das kommuniziert wurde, wichtige oder nicht wichtige Wortmeldungen der Opposition gegeben. Jedenfalls eines war klar, es wurde einmal gescheit kritisiert und was dann daraus entstanden ist, lässt auch aufhorchen. Wir haben uns einmal angeschaut, was haben die Verantwortlichen der sonstigen Stadtsenatsmitglieder eigentlich in den letzten drei Jahren auf die Reihe gebracht. Siehe da, wir sind draufgekommen, das eigentlich vorhandene Budgets in Verantwortlichkeiten gar nicht so ausgenutzt werden, wie sie zur Verfügung stehen. Daher meine Frage an die zuständige Verkehrsstadträtin:

Ein Blick auf die Budgetzahlen der AOG bzw. der Rechnungsabschlüsse der Jahre 2017 bis 2019 des von Ihnen zu verantwortenden Ressortbereichs zeigt, dass der Umsetzungsgrad gerade einmal 50 % erreicht. Genauer im Jahr 2019 54,4 % im Jahr 2018, 34,06 % und im Jahr 2017, 30,65 %. Der Großteil dieses Budgets ist vorgesehen für Maßnahmen im Geh- und Radwegebau bzw. zur Verbesserung der Radinfrastruktur. Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende

**Frage:**

Wie erklären Sie den Grazerinnen und Grazern den niedrigen Umsetzungsgrad in Ihrem Verkehrsressort?

***Originaltext der Frage:***

*Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr!*

*Ein Blick auf die Budgetzahlen der AOG bzw. der Rechnungsabschlüsse der Jahre 2017 bis 2019 des von Ihnen zu verantwortenden Ressortbereichs zeigt, dass der Umsetzungsgrad gerade einmal 50 % erreicht. Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende*

**Frage:**

*Wie erklären Sie den Grazerinnen und Grazern den niedrigen Umsetzungsgrad in Ihrem Verkehrsressort?*

**Kahr:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Gemeinderat. Ob unwichtige Wortmeldungen der Opposition da waren oder nicht, das möchte ich nicht kommentieren, das gilt ja übrigens auch für die Regierung, man kann genauso wichtige oder auch unwichtige Wortmeldungen und auch Fragen eigentlich manchmal richten, wo man sich das auch überlegen muss. Ich denke, dass Ihre Frage heute an mich vor allem aber in aller gebotener Höflichkeit darin begründet ist, dass sie noch nicht so lange hier sind und diese Frage einfach viel zu einfach und simpel überlegt worden ist. Weil wie Sie vielleicht einmal später wissen werden, es viele Gründe geben kann, warum der Umsetzungsgrad in einem Ressort vom Budget her nicht ausgeschöpft werden kann. Ich möchte Ihnen in aller gebotenen Kürze ein paar Gründe dafür nennen: Erstens weil es zu verspäteten Abrechnungslegungen z.B. von Projektpartnern kommen kann. Etwa dem Land Steiermark, wo ja viele gemeinsame Projekte beschlossen wurden und die Rechnungslegung z.B. erst in dem folgenden Jahr erfolgt. Oder Grundstücksablösen, die eine finanzplanerische Unwägbarkeit darstellen. Mitunter sind Mittel oft mehrere Jahre gebunden, bis es zur entsprechenden Übereinkunft mit dem Eigner kommt. Oder weil nicht alle Projekte des Straßenamtes oder der Abteilung für Verkehrsplanung eigene Projekte sind und die gebundenen Mittel unsererseits abhängen von externen Partnerinnen und Partnern und deren Zeitpläne. Um ein Beispiel zu nennen, im Straßenamt war das in den Jahren 2017 bis 2019 vornehmlich im Bereich der Straßenbeleuchtung. Hier konnten einige Maßnahmen aufgrund zeitlicher Abhängigkeiten von großen Projekten, wie z.B. dem Zentralen Speicherkanal, dem Murkraftwerk, oder auch Holding-Projekte, wenn es um Buslinienausbau geht, oder Straßenausbauprojekten geht, oder auch z.B. unsere Kolleginnen und Kollegen, die in Hochbauprojekten oder Bebauungsplänen tätig sind, wo wir mit unseren Budgets dran hängen und Bebauungspläne nach hinten verschoben werden müssen, auch das ist ein Grund. Und ein ganz wichtiger Grund ist, was wir von Anbeginn hier immer genannt haben, das sind die fehlenden Personalressourcen. Wir haben in der zweitgrößten Stadt von Graz einen Rad-, einen ÖV- und auch einen Gehwegbeauftragten und dankenswerterweise erst jetzt vor

kurzem der Herr Vizebürgermeister und zuständige Personalstadtrat hier personell nachgeschärft hat mit vier zugesagten Posten und sicherlich das künftig hin die Abarbeitung von beschlossenen Vorhaben erleichtern wird. Das in aller Kürze.

**Egger:**

Ich bin vielleicht erst seit drei Jahren ein Gemeinderat, aber durchaus schon etwas länger in der Politik, um Zusammenhänge verstehen zu können, deswegen freut es mich auch ganz besonders, dass Sie die aufgezählten Punkte einmal zusammengefasst haben, auch für die kommunistische Partei selbst, weil diese Punkte, die Sie formuliert haben, sind auch für andere Ressorts anwendbar, wo Sie die verzögernden Umsetzungsmaßnahmen immer wieder kritisieren. Weil natürlich ein Rad in das andere springt bzw. ein Rad mit dem anderen verzahnt ist in der Stadtpolitik. Szusagen war das auch eine gute Zusammenfassung für Sie jetzt. Jetzt eine Frage noch. Sie haben die Personalsituation angesprochen, die dankenswerterweise verändert wurde. Warum haben Sie das nicht seit 2017 versucht zu verändern?

**Kahr:**

Weil ich nicht Personalstadträtin und Finanzstadträtin bin und ich dieses Anliegen nur weitergeben kann und das ist immer wieder deponiert worden, nicht nur seit die Barbara Urban oder mein Kollege und Abteilungsleiter Wolfgang Feigl, sondern das ist auch schon bei dem Vorgänger, den es leider nicht mehr gibt, von Herrn Kroissenbrunner immer wieder deponiert worden. Mehr wie sagen kann man es nicht und noch einmal: Jetzt gibt es das und es ist auch erfreulich und gut so und im Übrigen haben wir noch niemals andere, und das können Sie in den ganzen 20 Jahren nachsehen, Sie werden keine Wortmeldung von mir dahingehend finden, kritisiert, dass zu langsam gearbeitet wird in den Ämtern, ganz im Gegenteil. Die Leute sind in vielen Abteilungen mit Vorhaben und Projekten sehr eingeteilt und vieles, was hier oft

gesagt oder beschlossen wird, ist einfach in der Schnelligkeit, wie es oft hier eingefordert wird, einfach nicht umsetzbar.

**Egger:**

Das war auch nicht gegen die Ämter gerichtet, sondern gegen die zuständige Referentin.

**6.4 Frage 4: Mülltrennung in den städtischen Abteilungen  
(GR<sup>in</sup> Heinrichs, KPÖ an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

**Heinrichs:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler. Das umweltschonende Verhalten hat spät aber doch große Bedeutung erlangt und liegt uns allen hier im Gemeinderat am Herzen. Ein wichtiger Beitrag, den Einzelne dazu leisten können, ist – neben dem Verzicht aufs Auto – das Mülltrennen. In diesem Zusammenhang habe ich noch ein Zitat unseres Herrn Bürgermeisters ausgegraben, Herr Bürgermeister Nagl hat in einem Interview mit der Kleinen Zeitung am 10. Jänner aufhorchen lassen, er sagt darin wörtlich: „Wenn wir die Menschen in ihrem täglichen Verhalten nicht mitnehmen können, wird es schwer. Du musst z.B. damit rechnen, dass du von der Stadt Graz künftig bestraft werden wirst, wenn du deinen Müll nicht richtig trennst. Wir haben jährlich 7 Mio. Euro an Mehrkosten durch Fehlwürfe. 7 Millionen, das werden wir nicht mehr akzeptieren.“ Bei MitarbeiterInnen des Magistrats hat diese Aussage zu Befremden geführt. Sie haben sich an die KPÖ gewandt, denn an vielen Dienststellen in Abteilungen der Stadt Graz ist es gar nicht möglich, den Müll zu trennen. Nach den Schilderungen waren wir selbst erstaunt, an wie vielen Dienststellen derartige Probleme bestehen sollen. Ich denke, bevor die Stadt den Ideen des Herrn Bürgermeister folgt und Grazer und Grazerinnen bestraft für etwas,

das sie selbst nicht in der Lage sind oder nicht gewillt sind zu leisten, sollte die Stadt im wahrsten Sinne des Wortes vor der eigenen Tür kehren und die GBG dazu anhalten, ausreichende Möglichkeiten zur Mülltrennung auch zur Genüge in den Einrichtungen des Magistrates anzubieten.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Beteiligungsstadtrat, folgende

**Frage:**

In welchen Abteilungen der Stadt Graz ist es möglich, in welcher Form den Müll zu trennen und in welchen nicht?

***Originaltext der Frage:***

*Sehr geehrter Herr Stadtrat, umweltschonendes Verhalten liegt uns allen hier im Gemeinderat am Herzen. Ein wichtiger Beitrag, den Einzelne dazu leisten können, ist – neben dem Verzicht aufs Auto – das Mülltrennen. In den einzelnen Abteilungen des Magistrats wird der Müll durch das Reinigungsservice der GBG im Rahmen der täglichen Reinigungsarbeiten entsorgt. Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Beteiligungsstadtrat, folgende*

***Frage:***

*In welchen Abteilungen der Stadt Graz ist es möglich, in welcher Form den Müll zu trennen und in welchen nicht?*

**Riegler:**

Geschätzte Frau Gemeinderätin Heinrichs. Lassen Sie mich eingangs ein paar private Trennungserfahrungen, also Mülltrennungserfahrungen, mit Ihnen teilen. Ich wohne in einem Mehrparteienhaus. Wir haben einen Müllraum und ich stelle immer wieder mit Erstaunen fest, dass es offensichtlich unter gebildeten Menschen nicht möglich ist, Papier, Plastik, Biomüll und Restmüll voneinander zu trennen und den Glas-Müll dann ein Häuser weiter zum Glas-Container zu bringen. Es ist offenbar eine Alterserscheinung, ich mache es gleich wie mein Vater vor 30 Jahren und da habe ich immer darüber geschmunzelt, dass ich dann sozusagen oft am Abend dann diese Trennfehler korrigiere und selbst etwas herumsortiere. Es mag sein, dass es eine Alterserscheinung ist. Ich glaube, dass wir alle miteinander gut beraten sind, politisch den Menschen draußen vor allem mitzuteilen, das enorme Kosten zusätzlich dadurch anfallen, dass etwas fälschlicherweise statt in der richtigen Fraktion im Restmüll landet, die Entsorgungsfirmen haben auch das Recht, uns das dann vorzuschreiben, wenn sie zu hohe zusätzliche Kosten haben, daher kann man dem Herrn Bürgermeister nur danken für diese couragierte Positionierung in den Medien, dass wir eben alle miteinander tatsächlich besser aufs Mülltrennen schauen sollen.

**Heinrichs:**

Danke für die Beantwortung, die jetzt aber nicht dazu geführt hat, dass ich weiß, ob Sie geneigt sind, in den Betrieben in Zukunft da nachzuschauen, das auszuforschen, wie das abgeht beim Mülltrennen, ansonsten kann ich nur sagen, wir haben die gleichen Trennungserfahrungen, Herr Stadtrat. Auch ich wohne in einem Siedlungshaus und habe in einem großen Betrieb gearbeitet, im LKH, und weiß daher, dass ein Fehlwurf alles zunichte machen kann. Da diese Riesen-Kosten ein Problem sind, das man beheben soll, da sind wir uns einig. Es wäre mir nur daran gelegen, noch einmal die Bitte, in den entsprechenden Häusern nachzuschauen, wie es hier aussieht für diejenigen, die nie trennen wollen.

**Riegler:**

Ich komme erst jetzt dazu, dann auch noch zu ergänzen, was wir alles schon tun. Ich mache es kurz. Sowohl im Amtshaus als auch im Rathaus gibt es ein gemeinsam mit dem Umweltamt ausgearbeitetes Müllentsorgungskonzept. Jeder, der öfter im Rathaus oder im Amtshaus ist, weiß, dass es eben verschiedene Müllinseln gibt für getrennte Sammlung. Im Rathaus im dritten Stock im zweiten Stock, im Bürgermeisteramt, es gibt im ersten Stock eine Müllinsel. Entsorgt wird das Ganze dann im Innenhof, dort wo die Räder auch stehen. Wir haben im Amtshaus im Umweltamt eine Insel in der Küche, eine Insel am Gang im Eingangsbereich, im Bereich Gemeindeabgaben detto, in der Impfstelle werden übrigens die Spritzen vom Rest getrennt gesammelt. Pass- und Urkundenservice, hier gibt es in der Küche einen Behälter für Bio und im ServiceCenter ebenfalls eine Insel. Hinzuweisen ist vielleicht noch darauf, dass eben unsere Reinigungskräfte, die von der GBG damit beauftragt sind, eben in ihren Wägen nach Papier-, Leichtverpackungen-, Metall-, Glas-, Bio- und Restmüll zu trennen, dass aber ein Nachsortieren von Müll aus Sicherheitsgründen wegen der Verletzungsgefahr nicht gestattet ist. Nicht beschriftete Behälter, die irgendwo anlanden, sind dann Restmüll. Die gute Nachricht, es gibt eigentlich ein umfassendes und auch mit dem Umweltamt abgestimmtes Entsorgungskonzept.

**6.5 Frage 5: Kreuzungsbereich Sparbersbachgasse/Mandellstraße  
(GR Ing. Lohr, FPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

**Lohr:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte ZuhörerInnen, sehr geehrte Frau Stadtrat. Der Kreuzungsbereich Sparbersbachgasse / Mandellstraße war ja schon Thema hierherinnen, vor allem wegen der Stauhäufigkeit, weil das ja jetzt ein Stauhäufigkeitspunkt ist und heute wollen wir die Unfallzahlen dort beleuchten. In einer Tageszeitung wurde am 20. 12. unter der Schlagzeile:



„Sparbersbachgasse/Mandellstraße – Zu viele Unfälle: Kreuzung wurde für Radfahrer und Bim umgebaut“, berichtet. In diesem Artikel gaben Sie, Frau Stadträtin, als Gründe für die Umgestaltung des Kreuzungsbereiches an, Radfahrer besser sichtbar zu machen, Behinderungen für die Straßenbahn zu beseitigen und die Unfallhäufigkeit von 36 Unfällen mit Verletzten in den Jahren 2012 bis 2018 zu reduzieren.

Die Realität ist aber nun, seit diesem Straßenumbau sowie der Umstellung der Ampelschaltung im November kommt es im Kreuzungsbereich zu deutlichen Wartezeiten. Grazer und Pendler, die auf das Auto und die Straßenbahn angewiesen sind, stehen seither regelmäßig länger im Stau. Phasenweise reicht der Rückstau nicht nur bis zum Sacré Coeur bzw. Kaiser-Josef-Platz, sondern auch vom Dietrichsteinplatz bis zur Herz-Jesu-Kirche zurück. Diese untragbare Situation belastet nicht nur Autofahrer, sondern auch die Umwelt und insbesondere die dort lebende Grazer Bevölkerung.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

### **Anfrage**

gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:

Wie haben sich die im Motivenbericht zitierten 36 Unfälle mit Verletzten auf die Jahre 2012 bis 2018 in diesem Kreuzungsbereich pro Jahr verteilt?

#### **Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrte Frau Stadträtin! In einer Tageszeitung wurde am 20.12.2019 unter der Schlagzeile: „Sparbersbachgasse/Mandellstraße – Zu viele Unfälle: Kreuzung wurde für Radfahrer und Bim umgebaut“, berichtet. In diesem Artikel gaben Sie, Frau Stadträtin, als Gründe für die Umgestaltung des Kreuzungsbereiches Sparbersbachgasse/Mandellstraße an, Radfahrer besser sichtbar zu machen,*

*Behinderungen für die Straßenbahn zu beseitigen und die Unfallhäufigkeit von 36 Unfällen mit Verletzten in den Jahren 2012 bis 2018 zu reduzieren.*

*Die Realität ist, seit dem Straßenumbau sowie der Umstellung der Ampelschaltung im November des Vorjahres kommt es im Kreuzungsbereich Sparbersbachgasse/ Mandellstraße zu deutlich längeren Wartezeiten. Grazer und Pendler, die auf das Auto und die Straßenbahn angewiesen sind, stehen seither regelmäßig länger im Stau. Phasenweise reicht der Rückstau nicht nur bis zum Sacré Coeur bzw. Kaiser-Josef-Platz, sondern auch vom Dietrichsteinplatz bis zur Herz-Jesu-Kirche zurück. Diese untragbare Situation belastet nicht nur Autofahrer, sondern auch die Umwelt und insbesondere die dort lebende Grazer Bevölkerung.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende*

### **Anfrage**

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:*

*Wie haben sich die im Motivenbericht zitierten 36 Unfälle mit Verletzten auf die Jahre 2012 bis 2018 in diesem Kreuzungsbereich pro Jahr verteilt?*

#### **Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Lohr. Auf Ihre Frage ganz konkret, in den Jahren 2012 bis 2018 haben sich insgesamt 36 Unfälle, das ist richtig, wovon aber 27, das ist in dem Bericht offenbar nicht vorgekommen, Verletzte waren. Also Personen, die zu Schaden gekommen sind. Welche sich ziemlich in diesem Zeitraum, den Sie geschildert haben, gleich verteilt haben. Auffällig war aber besonders das Jahr 2017, mit 6 Verletzten mit Personenschaden. Wie die Analyse unserer Abteilung gezeigt hat, gab es keinen eindeutigen Unfalltyp. Jedoch waren es zumeist Unfälle beim Linksabbiegen und häufig mit Beteiligung von Fußgängerinnen und Radfahrern. Das ist besonders hervorgegangen aus dieser Analyse. Konkret zur Ampelsteuerung. Die Steuerung

wurde jetzt letzte Woche am Donnerstag, vor einer Woche, noch einmal angepasst und kalibriert. Die Rückstaulängen haben sich seitdem deutlich verringert. Wie auch letztes Mal in der Fragestunde schon berichtet, ist die Ampelsteuerung dynamisch. Sie reagiert also auf die unterschiedlichen Verkehrsströme und damit ist natürlich auch ein längerer Beobachtungszeitraum notwendig, um auch die Datensammlung, die damit verbunden ist, so zu erreichen, dass eine gute und optimale Programmierung erreicht werden kann. Das ist z.B. vergleichsweise auch bei der Keplerbrücke. Dass ist ganz vergleichbar eigentlich die Anlage so erfolgt und da war der Beobachtungszeitraum und die ganze Feinjustierung mehr als ein halbes Jahr. Es sind noch andere Argumente, aber das ganz konkret zu Ihrer Frage vorerst.

**Lohr:**

Es gibt natürlich auch eine Zusatzfrage. Zuerst einmal danke für die Beantwortung. Leicht positiv nehmen wir einmal auf, dass die Ampelsteuerung schon einmal in Arbeit ist, wir werden das wachsam beobachten. Kollege Topf nickt auch zustimmend, da ist es noch zu frisch, aber zurück zum Umbau. Da gibt es schon noch Aufklärungsbedarf. Uns liegt z.B. eine Zahl aus dem Jahr 2019 vor, wir haben die Information bekommen, dass dort etwa nur ein Unfall passiert ist und jetzt klingt das Argumentarium für den Umbau jetzt schon so, dass Sie die Zahlen in diese Richtung gerechnet, oder diesen Beobachtungszeitraum in diese Richtung getrieben wurden, dass da halt die höhere Zahl aufscheint und Sie damit ein Argument gefunden haben, damit der Umbau stattfinden kann. Das war für uns schon merkwürdig und daher ergeht auch die Frage, warum wurde in diesem Fall ein Beobachtungszeitraum von 2012 bis 2018 gewählt, obwohl im Straßenamt der Stadt Graz für die Statistik nur die letzten drei Jahre bei anderen Fällen herangezogen werden bzw. wo nur drei Jahre relevant sind?

**Kahr:**

Ich kann Ihnen das gerne beantworten. Erstens einmal, ich bin nicht die alleinige Verkehrssicherheitsgruppe, wie Sie sehr genau wissen. Sie waren ja mit Ihrem damals zuständigen Stadtrat dabei, Sie wissen genau, wie dieses Prozedere erfolgt und die Kollegen und Kolleginnen im Straßenamt gehen nicht her, absichtlich, irgendwie um die Leute zu sekkieren, sondern das oberste Ziel ist immer die Verkehrssicherheit. Jede Maßnahme, die die Kollegin, die hier auch zuständig ist im Straßenamt, gemeinsam mit Kuratorium, Polizei und mit den entsprechenden Fachleuten hier trifft, hat zum Ziel, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Genau da ist der Grund und dem folge ich selbstverständlich, weil ich bin nicht die Verkehrsexpertin in diesen Sachen, sondern das sind die Kollegen und Kolleginnen im Amt.

**6.6 Frage 6: Radweg Augarten  
(GR<sup>in</sup> Ussner, Grüne an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

**Ussner:**

Sehr geehrter Gemeinderat, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Frau Stadträtin, liebe Elke. Im Zuge der umstrittenen Augartenbucht ist auch der Radweg entlang der Mur, der Hauptradweg, eine Hauptroute, die Nr. 8 verlegt worden. Und zwar von entlang der Mur, von einem relativ eigenständigen Radweg hin zu mitten durch den Augarten in die St.-Petersburger-Allee. Wir haben darüber schon einmal diskutiert im Gemeinderat, es haben auch im vornhinein von dem Augartenbuchtprojekt viele Initiativen, wie. z. B. die Rad-Lobby, auch Experten und Expertinnen in den Fachämtern, ihre Kritik geäußert, dass das ein sehr stark frequentierter Radweg ist, wo es im Sommer speziell dann zu einigen brenzligen Situationen kommen wird, wenn man den einfach mitten in den Park verlegt.

Jetzt ist die Situation so, dass wir jetzt schon in den Wintermonaten viele Radfahrer und Radfahrerinnen und zu Fuß gehende Menschen haben und dass es jetzt schon zu einigen Fast-Kollisionen kommt.

Daher richte ich an Sie folgende

**Frage:**

Welche Maßnahmen planen Sie, um die gefährlichen Situationen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen entlang der Hauptradrouten 8 durch den Augarten zu entschärfen?

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrte Frau Stadträtin, im Zuge der umstrittenen Augartenbucht wurde auch eine der wichtigsten Hauptradrouten entlang der Mur maßgeblich verändert. Die besonders im Sommer sehr stark frequentierte Hauptradrouten 8 (HR8) führt im Bereich Augarten nun nicht mehr an der Mur entlang, sondern durch die St.-Petersburg-Allee und schneidet damit quer durch den von SpaziergängerInnen und spielenden Kindern sehr intensiv genutzten Park. Durch die generell sehr ungünstige Routenführung für eine Hauptradrouten, aber auch durch ungenügende Kennzeichnungen kommt es bereits jetzt in den Wintermonaten, in denen sowohl deutlich weniger RadfahrerInnen als auch SpaziergängerInnen unterwegs sind und auch weniger Kinder im Augarten spielen, zu sehr gefährlichen Situationen und Beinahe-Kollisionen. Diese Situation wird sich im Sommer durch die starke Nutzung des Parks und des Radwegs noch verschärfen. Daher richte ich an Sie folgende*

**Frage:**

*Welche Maßnahmen planen Sie, um die gefährlichen Situationen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen entlang der Hauptradrouten 8 durch den Augarten zu entschärfen?*

**Kahr:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Tamara. Genauso ist es, wie du im Motivenbericht geschildert hast. Das haben nicht nur die Radlobbys, sondern auch meine Wenigkeit und meine Fraktion hier genauso als Grund genannt, warum die Augartenbucht, wenn man sie macht, zu Problemen führen wird, weil es natürlich mit sich gebracht hat, dass man den Geh- und Radweg es hier zu einer Verlegung kommt und dieser Radweg über die Petersburger Alle nicht optimal ist. Das ist ganz klar, dass es hier zu Nutzungsproblemen kommen kann und wird, wenn SpaziergängerInnen die im Augarten sind, hier sich diesen Weg mit dem Radweg teilen müssen. Das war unsere Kritik. Tatsache ist, es ist trotzdem mehrheitlich so beschlossen worden. Was ich hintanstellen möchte ist, dass aber inzwischen vom Straßenamt hier irgendwie die Verordnung nicht sichtbar oder nicht ordentlich gemacht wurde, das ist nicht der Fall. Natürlich ist das ordnungsgemäß kundgemacht worden und von einer ungenügenden Kennzeichnung kann natürlich nicht die Rede sein. Die Nord-Süd-Haupttradrouten, die Haupttroute 8, ihrer Bedeutung gemäß zu bevorzugen, wurde an den einmündenden Radwegen natürlich Vorrang geben bzw. Halt verordnet und es wird jetzt auch künftighin, noch im März, zu Randlinienmarkierungen kommen. Ungeachtet dessen aber, ist es trotzdem nicht optimal und wir prüfen gerade, ob eventuell die Radweglücke im westlichen Murofer, also am Grieskai, erschlossen werden kann und dass ein Radweg geführt werden kann, um eben eine Entlastung auf dieser Haupttradrouten 8 zu erreichen.

**Ussner:**

Danke, das wäre meine Frage gewesen. Ob man darüber nachdenkt, das auf die andere Seite der Murofer zu verlagern, weil dort ist die Situation die, dass dem KFZ-Verkehr teilweise vier Spuren gewidmet sind. Gut, dann die Frage, wie sehen Sie die Wahrscheinlichkeit, dass das dann auch im Sinne einer Radverkehrsoffensive, wie sie ja

von der Koalition angekündigt wurde, mit 100 Mio. Euro, auch wirklich zu einer realen Umsetzung kommt?

**Kahr:**

Ich habe in der Antwort gesagt, wir prüfen das gerade und wenn die Prüfung ergibt, dass das eine Maßnahme wäre, die sinnvoll ist und auch schaffbar ist, dann werden wir diese Maßnahme dem Gemeinderat und dem Verkehrsausschuss vorschlagen.

**6.7 Frage 7: Sicherheit auch dort, wo Schutzwege bzw. Druckknopfampelanlagen an Schutzwegen entfernt wurden (GR Haberler, ÖVP an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

**Haberler:**

Sehr geehrte Kollegen, geschätzte Stadträtin, sie sind mit Abstand die begehrteste Stadträtin bei den Fragen, das beobachte ich sehr stark. Wir werden immer häufiger mit der Tatsache konfrontiert, dass Bürger zum Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer - dem Fußgänger - sichere Wege wünschen. Nicht nur Gehwege, sondern vor allem Schutzwege! Menschen auf Schutzwegen werden von Kraftfahrzeuglenkern anders wahrgenommen als an ungesicherten Übergängen, sie bleiben auch dort stehen, was sonst oft nicht der Fall ist. Da es hier unterschiedliche Zahlen gibt und uns die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer wichtig ist, stelle ich Ihnen folgende

**Frage:**

Was werden Sie an jenen Stellen, an welchen Schutzwege bzw. Druckknopfampelanlagen an Schutzwegen entfernt wurden, unternehmen, um die Sicherheit von Fußgängern zu gewährleisten?

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrte Frau Stadträtin Elke Kahr! Wir werden immer häufiger mit der Tatsache konfrontiert, dass Bürger zum Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer - den Fußgängern - sichere Wege wünschen. Nicht nur Gehwege, sondern vor allem Schutzwege! Menschen auf Schutzwegen werden von Kraftfahrzeuglenkern anders wahrgenommen als an ungesicherten Übergängen. Da es hier unterschiedliche Zahlen gibt und uns die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer wichtig ist, stelle ich Ihnen folgende*

**Frage:**

*„Was werden Sie an jenen Stellen, an welchen Schutzwege bzw. Druckknopfampelanlagen an Schutzwegen entfernt wurden, unternehmen, um die Sicherheit von Fußgängern zu gewährleisten?“*

**Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, unregelte Schutzwege werden äußerst selten und wenn, dann selbstverständlich nicht ohne triftigen Grund entfernt. Das ist nicht erst seit meiner Zuständigkeit im Verkehrsressort so, sondern das war auch in der Vergangenheit so und es gibt hier auch ein klares Regelwerk seitens der verantwortlichen Kolleginnen in der Behörde. In diesen Fällen, wo sich herausstellt, dass ein Zebrastreifen nicht mehr den Sicherheitsstandards entspricht, muss reagiert werden. Nicht kann oder sollte, sondern muss reagiert werden. Konkret können dies nicht gegebene Sichtbeziehungen sein oder ungenügende Ausleuchtung. Kommt es zur Wegnahme eines Zebrastreifens oder Schutzweges, werden vom Straßenamt und der Sicherheitsgruppe, ich habe sie schon vorhin in der Antwort genannt, KFV, Land, Polizei, Ziviltechniker, Alternativen geprüft. Etwa ob bauliche Maßnahmen oder auch andere Arten der Querungshilfe möglich sind und sinnvoll sind. Beispiele dafür sind



Mitteln, Gehsteigvorziehungen, um nur einige zu nennen. Um auf Letzteres, die Mitteln, zu kommen, muss ich auch erwähnen, haben Sie ja gar nicht vor allzu langer Zeit hier im Gemeinderat hier diese Mitteln, sehr stark kritisiert. Ich möchte Ihnen dann im Anschluss, das möchte ich nicht vorlesen, um die Zeit nicht zu strapazieren, wir haben erst vor kurzem ein Schreiben von dem Steiermärkischen Blinden- und Sehbehindertenverband bekommen, die das ausdrücklich für Ihre Interessensvertretung loben und zwar die Mobilitätsbeauftragte des Blindenverbandes, die gesagt hat, dass diese Querungshilfen, diese Mitteln, für Sehbeeinträchtigte ganz wertvoll sind und wichtiger als Zebrastreifen, um nur Ihnen das zu zeigen, dass es eben auch andere Haltungen dazu gibt. Wichtig ist, dass ein Zebrastreifen nicht ein Allheilmittel ist und nicht immer den Schutzanspruch einlöst, den er dem Namen nach auch verspricht. Verlässt man sich als Fußgänger auf den Vorrang, kann auch der Schutz weg sein, wie leider das Wort Schutzweg ja für viele verdeutlicht und das haben auch die steigenden Unfallzahlen auf Schutzwegen nicht nur bei uns in Graz und in der Steiermark, sondern auch österreichweit, gezeigt. Das ist auch mit ein Grund, warum wir im kommenden Verkehrsausschuss ganz entsprechend dem Wunsch der Verkehrsausschussmitglieder und einer Anfrage im letzten Gemeinderat wir auch machen werden, nämlich dass wir einen Experten mit unseren Kollegen im Straßenamt, sondern auch extern einladen werden, um noch einmal auch für unsere Mitglieder und auch für die Bezirksvorsteher diese Position und diese Haltung, auch die ich zu Recht und auch inhaltlich teile, von unserem Straßenamt zu erörtern mit den KollegInnen im Verkehrsausschuss. Im Wesentlichen muss man vor allem sagen, dass man bei der ganzen Debatte die Kirche im Dorf lassen muss. Die Zahl der entfernten Zebrastreifen steht in keiner Relation zu der Anzahl an neu angelegten Schutzwegen und den verbesserten Querungshilfen, die in den letzten Jahren von unseren Ämtern umgesetzt wurden.

**Haberler:**

Danke für die ausführliche Beantwortung. Wir wissen, dass das ein sehr wichtiges Thema ist. Allein in dieser Woche sind zwei Menschen in der Steiermark, Gott hab sie selig, leider auf der Straße in solchen Zusammenhängen aufgrund der schlechten Witterungsverhältnisse ums Leben gekommen. Was ich eigentlich verhindern möchte ist, dass besorgte Eltern kommen und sagen, wir möchten, wie da in Andritz, eine Druckknopfampel haben und, oh Schreck, zwei Wochen später ist auch der Schutzweg weg. Um so etwas zu verhindern bzw. diese Leerzeiten dazwischen, dass der Schutzweg ist, dass sich die Autofahrer daran gewöhnt haben und dann kommt vielleicht später eine Insel in der Mitte oder wie auch immer, dass man hier das eher mehr Hand in Hand geht und deswegen stelle ich die Frage, wie oft so markante Einschnitte eigentlich, wissen Sie etwas, ob da noch etwas geplant ist? Muss man mit so etwas rechnen? Oder war es das erst einmal mit der Entfernung von Schutzwegen?

**Kahr:**

Erstens noch einmal, es waren erstens einmal ganz wenige und es ist auch nichts Neues. Das war auch in den letzten Perioden so, aber alle, immer, wenn die Sicherheitsgruppe zu der völlig korrekten Vorgehensweise kommt, dass der Zebrastreifen oder der Schutzweg gefährlich ist für zu Querende, weil eben die Sichtbeziehungen oder andere Maßnahmen den Fußgänger gefährden, dann wird das immer in einer ortspolizeilichen Verhandlung auch diskutiert. Das heißt, jeder Gemeinderatsklub weiß das auch. Jeder Klub bekommt diese Information. Das heißt, wenn Sie das rückwirkend nachschauen, werden Sie sehen, wie viele Zebrastreifen überhaupt weggekommen sind, das sind in Wirklichkeit ganz wenige und die, die vielleicht noch anstehen könnten, werden, bevor sie wegkommen, auch als Information nicht nur an die Bezirksvorstehung, sondern auch jedem Gemeinderatsklub zur Information weitergegeben. Das heißt, man hat immer rechtzeitig natürlich auch die Möglichkeit, sich genauer zu erkundigen, warum das so ist.

**6.8 Frage 8: Eröffnung des Kulturjahres 2020  
(GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) Braunersreuther an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

**Braunersreuther:**

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler. Das Kulturjahr 2020, da sind wir uns ja, so glaube ich, einig, ist wirklich vorbildlich im Wert, der da bei auf Regionalität, lokale Verortung und Nachhaltigkeit der Projekte, der eingereichten, nominierten, akzeptierten Projekte gelegt wurde und vor allen Dingen ist es auch ganz streng auf die Einhaltung der limitierten und meist auch im Vergleich zur Einreichung gekürzten Budgets geachtet worden. Das Eröffnungsszenario zum Kulturjahr 2020 dagegen widersprach diesen Prinzipien in allen Punkten: Nach einem Kongress, der in Kooperation mit der Zeitung „Die Zeit“ stattfand, welche in Österreich kaum LeserInnen und noch nicht einmal KorrespondentInnen hat, folgte ein Vortrag von einem in Deutschland renommierten Wissenschaftsjournalisten, der in Österreich aber wesentlich geringeren Bekanntheitsgrad besitzt. Der Bezug zu Graz, seiner kulturellen Tradition und Gegenwart und zum Leben in seinen Grätzeln vor allen Dingen, das im Kulturjahr so im Mittelpunkt steht, fehlte komplett. Dafür wurde nicht daran gespart, mit großen mit großen Namen zu werben – u. a. mit einer ganzseitigen Anzeige in der Zeitung „Zeit“. Schon im Vorfeld wurde für die Eröffnungs- und Schlussveranstaltung durch den Gemeinderat nachbudgetiert. Die Veranstaltung hat nun gezeigt, warum hier ein Budget beschlossen werden musste, das das der meisten ganzjährigen Initiativen, an denen sehr viele Menschen beteiligt sind vor Ort beim weitem übertrifft. Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, deshalb folgende

**Frage:**

Welche Kosten sind für die Stadt Graz für die Eröffnungsveranstaltungen, also dem Zeit-Kongress und Abendveranstaltung, inklusive deren Bewerbung entstanden?

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrter Herr Stadtrat. In der Ausschreibung für Projekte für das Kulturjahr 2020 wurde großer Wert auf Regionalität, lokale Verortung und Nachhaltigkeit sowie die Einhaltung streng limitierter (und zumeist im Vergleich zur Einreichung gekürzter) Budgets gelegt. Das Eröffnungsszenario zum Kulturjahr 2020 dagegen widersprach diesen Prinzipien in allen Punkten: Nach einem Kongress, der in Kooperation mit der Zeitung „Die Zeit“ stattfand, welche in Österreich kaum LeserInnen und noch nicht einmal KorrespondentInnen hat, folgte ein Vortrag von einem in Deutschland renommierten Wissenschaftsjournalisten, der in Österreich kaum Bekanntheitsgrad besitzt. Der Bezug zu Graz, seiner kulturellen Tradition und Gegenwart und zum Leben in seinen Grätzeln fehlte komplett. Dafür wurde nicht daran gespart, mit großen Namen zu werben – u. a. mit einer ganzseitigen Anzeige in der „Zeit“. Schon im Vorfeld wurde für die Eröffnungs- und Schlussveranstaltung durch den Gemeinderat nachbudgetiert. Die Veranstaltung hat nun gezeigt, warum hier ein Budget beschlossen werden musste, dass das der meisten ganzjährigen Initiativen vor Ort beim weitem übertrifft.*

*Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende*

**Frage:**

*Welche Kosten sind für die Stadt Graz für die Eröffnungsveranstaltungen (Zeit-Kongress und Abendveranstaltung) inklusive deren Bewerbung entstanden?*

**Riegler:**

Es tut mir echt leid, Frau Braunersreuther, dass Sie auch hier wieder ein Haar in der Suppe finden und offenbar sogar ein größeres. Ich möchte Ihnen vielleicht schon ein paar Dinge dazu sagen. Erstens, das Kulturjahr ist, wie viele es Ihnen bestätigen können, auch Journalistinnen und Journalisten, ein sehr, sehr sparsam programmiertes

Kulturjahr. Das heißt, wir haben wirklich versucht, den Hauptanteil für das Programm zur Verfügung zu stellen. Wir haben ein sehr sparsames Kommunikationsbudget, wir haben mit minimalem personellen Aufwand das gesamte Jahr organisiert. Das heißt, uns vorzuwerfen, dass wir beim Kulturjahr klotzen würden, wäre wirklich nicht richtig. Das Zweite ist, die „Zeit“ ist erstens einmal eines der führenden europäischen Medienhäuser überhaupt. Mit „Zeit“, „Handelsblatt“ und anderen Publikationen, allein der Wert der Inseratenschaltungen, die eben in Deutschland, aber auch in Österreich zu sehen waren, entspricht in etwa dem, was wir bezahlt haben. Man muss vielleicht schon bedenken, dass wir gerade mit diesem Kulturjahr und gerade auch mit dieser Eröffnungsveranstaltung und gerade mit dieser Kooperation durchaus auch den deutschen Leserinnen- und Lesermarkt ansprechen wollten, um ihnen zu zeigen, hier passiert Ähnliches, was auch in Stuttgart passiert und was auch in Zürich und Basel passiert, nämlich aktive Diskussion, wissenschaftliche Auseinandersetzung zu den Fragen der Zeit. Die „Zeit“ im Übrigen hat eine Leserreichweite von 2,8 Mio. im Jahr 2019 laut Mediaanalysen. Also in diesem Zusammenhang von einer unbekanntem Zeitung zu sprechen, halte ich für etwa seltsam. Auch Hans Werner Sinn, der Chefökonom der Deutschen Bundesregierung, der letzten, der eben auch Vorsitzender des Weisenrates der Deutschen Bundesregierung war, ist, so glaube ich, ein sehr bekannter Sprecher. Im Übrigen hatten wir auch österreichische SprecherInnen. Frau Prof. Sevalsky, Frau Prof. Degros, die eine von der TU Linz, die andere von der TU Graz. Wir hatten eine buntgemischte Sprecher- und SprecherInnenliste und ich muss gestehen, für diesen Werbewert, den wir hier bekommen haben und für diesen Wert an Diskussion und an wissenschaftlicher Auseinandersetzung, ist, was wir gezahlt haben, vergleichsweise gering.

**Braunersreuther:**

Ich stelle noch einmal die Frage, Sie haben gesagt, für diesen Werbewert, den wir bekommen haben, haben wir wenig bezahlt. Es ist mir aber nicht beantwortet worden,

wie viel wir bezahlt haben. Das würde ich jetzt zumindest in der Nachfrage gerne erfahren. Ich möchte Sie auch korrigieren. Ich habe nicht von einer unbekanntem Zeitung gesprochen, ich habe nur gesagt, dass die „Zeit“ nicht die federführende Zeitung in Österreich ist und dass sie noch nicht einmal Korrespondenten hier hat. Das heißt, es gibt noch nicht einmal die Möglichkeit, dass über das Kulturjahr berichtet wird. Ich habe auch nicht gesagt, dass mit dem Kulturjahr geklotzt wird, obwohl ich das finde, weil klotzen heißt für mich nicht nur finanziell klotzen, sondern das Kulturjahr besticht qualitativ durch seine Projekte, das möchte ich betonen, denn ein so hohes Maß an partizipativem Charakter, das muss man wirklich suchen. Das möchte ich betonen, dass ich das sehr positiv sehe. Geklotzt finanziell wurde dagegen aber mit der Eröffnung, die eben in keiner Relation zu diesen Projekten steht, die meistens eher gering budgetiert sind, aber dafür hochmotiviert und qualitativ sehr gut. Deswegen möchte ich in der Nachfrage darum bitten, dass mir hier doch die Zahlen genannt werden und dann muss ich sagen, es ist ehrlich gesagt, ich habe kein Haar in der Suppe gefunden, ich habe eher das Gefühl gehabt, es ist eine Kröte in meiner Suppe, als ich bei der Eröffnung war, weil mich da auch sehr gestört hat, dass auf der Bühne, bis auf den Intendanten, aber es waren keine lokalen Akteurinnen auf der Bühne, mit der Betonung auf innen, es war nämlich gerade bei der Abendveranstaltung keine Frauen auf der Bühne und ich denke, das ist nicht zeitgemäß. Vielleicht können Sie mir das auch noch argumentieren, warum das so gelaufen ist. Danke.

**Riegler:**

Ich darf noch einmal wiederholen, wir sprechen da 2,8 Mio. Leserinnen und Leser an, zusätzlich natürlich zu den Medienpartnerschaften, die wir mit anderen Medien in ganz Österreich haben und da sind alle Medien dabei. Vom ORF über alle Tageszeitungen, Standard, Presse. Noch einmal zurück zur Eröffnung und zur Konferenz. Das war bitteschön eine Konferenz und eine Eröffnung bei freiem Eintritt. Da heißt, jeder Grazer, jede Grazerin, der sich interessiert für wissenschaftliche

Fragestellungen, ist herzlich eingeladen gewesen, konnte sich anmelden. Das heißt, es war eine Gratisveranstaltung. Keine exklusive für einen bestimmten Besucherkreis. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass zahlreiche Frauen gesprochen haben und dass wir eben auch für die Abendveranstaltung gerne unter anderem auch die Staatssekretärin für Kultur zu Besuch gehabt hätten, die ich auch persönlich angeschrieben habe, die aber leider bis heute offenbar noch nicht eingearbeitet war, um zurückzuschreiben und mitzuteilen, ob sie kommen konnte oder nicht, was wir sehr bedauert haben. Der Herr Vizekanzler hat ja, aber immerhin, eine Grußbotschaft geschickt. Ich möchte das wirklich nicht so stehen lassen, was Sie, Frau Braunersreuther, da gesagt haben. Ich glaube, dass es eine ganz wichtige Sache ist, dass wir mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Austausch gehen. Wir haben auch vorgestern hier in diesem Raum einen BürgerInnen-Konvent gehabt, wo wir auch über diese Fragen diskutiert haben. Wir sind eine Kongressstadt, wir haben eine Million oder noch mehr Nächtigungen pro Jahr hauptsächlich aus dem Umstand, dass wir eben insbesondere in Deutschland, Schweiz und Österreich bekannt und als Kongressstadt beliebt sind und genau eine solche Konferenz haben wir hier eben im Stefaniensaal in unserem eigenen Haus veranstaltet und dafür haben wir eben auch eine Medienpartnerschaft abgeschlossen mit der „Zeit“.

**Braunersreuther** zur Geschäftsordnung:

Ich möchte noch einmal betonen, ich habe nach Zahlen gefragt, ich finde, es gibt das Recht darauf, besonders in einer Stadt, die als zweittransparente Stadt Österreichs jetzt gewürdigt wurde, diese Zahlen zu bekommen.

**Nagl:**

Das hat mit der Geschäftsordnung nichts zu tun. Aber selbstverständlich steht es einem Stadtrat frei, wie er antwortet. Gibt es noch etwas zu sagen, Herr Stadtrat?

**Riegler:**

Alle Inserate zusammen haben einen Werbewert von 180.000 € und wir haben für die Kooperation für das gesamte Bühnenbild, für die gesamte Sprecherliste 150.000 € bezahlt. Also es ist sogar der Werbewert der Inserate, die man geschaltet bekommen hat, weitaus höher als das, was es für die Veranstaltungen und für das Bühnenbild gekostet hat. (*Appl.*)

**6.9 Frage 9: Verkehrsanbindung Raach  
(GR Mag. Moser, FPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

**Moser:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Damen und Herren auf der Bühne, sehr geehrte Frau Stadträtin. Wieder eine Verkehrsfrage. Es geht um die Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Raach. Hier ist eine wesentliche Verbesserung erforderlich. Aufgrund der Dringlichkeit hat sich die FPÖ Gösting damals im April 2019 bereits mit einer Bürgerversammlung zu Wort gemeldet. Es waren dort 40 Teilnehmer, in weiterer Folge hat es dann von der FPÖ initiiert eine Stadtteilversammlung gegeben, das war im Juni 2019, es ist ein brennendes Problem und das Thema war damals öffentliche Verkehrsanbindung Graz Gösting – Raach. An dieser Stadtteilversammlung haben Sie auch teilgenommen. Nach meiner Schätzung waren ungefähr 60 Teilnehmer dort und im Zuge dieser, Ihrer Präsentation haben Sie eine zeitnahe Lösung bis voraussichtlich Herbst 2019 in Aussicht gestellt. Es geht auch um die Verkehrsanbindung im Sinne von Umweltschutz, dass es hier eine wesentliche Verbesserung sein würde, wenn nicht viele Einfahrten gemacht werden würden und das ist eben ein neuralgischer Verkehrsknoten im Norden von Graz, der entschärft werden müsste. Vor allem die Tagespendler haben hier ihre Probleme. Die konkrete

**Frage,**



die ich jetzt an Sie stelle:

Wann werden Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin endlich Ihre Zusage an die Bewohner von Gösting/Raach einhalten und eine Verkehrslösung präsentieren bzw. bis wann ist mit einer Anbindung der Region Gösting/Raach an das öffentliche Verkehrsnetz zu rechnen?

**Originaltext der Frage:**

*Sehr geehrte Frau Stadträtin! Die Bewohner von Gösting (Raach) haben vielfach den Wunsch geäußert, die Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Raach zu verbessern. Aufgrund der Dringlichkeit haben bereits im April 2019 die Funktionäre der FPÖ Graz Gösting eine Bürgerversammlung mit rund 40 Teilnehmern organisiert und diese Versammlung im Pfarrsaal abgehalten. Daraufhin hat die FPÖ Gösting Unterschriften für die Einberufung einer Stadtteilversammlung gesammelt und aus diesem Grund hat der Bezirksrat Gösting am 3. Juni 2019 eine Stadtteilversammlung zum Thema „Öffentliche Verkehrsanbindung Graz/Gösting - Raach“ abgehalten. An dieser Stadtteilversammlung waren auch Sie, Frau Stadträtin, anwesend und haben den Anrainern vor Ort die Präsentation einer zeitnahen Lösung bis voraussichtlich Herbst 2019 in Aussicht gestellt. Durch eine bessere öffentliche Verkehrsanbindung von Raach-Gösting könnten viele Einzelfahrten vermieden und ein neuralgischer Verkehrsknotenpunkt von Graz entschärft werden. Die Tagespendler würden sich viel Zeit und Mühe, oftmals auch Ärger, ersparen und die Umwelt könnte geschont werden. Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende*

**Anfrage**

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:*

*Wann werden Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin endlich Ihre Zusage an die Bewohner von Gösting/Raach einhalten und eine Verkehrslösung präsentieren bzw. bis wann ist mit einer Anbindung der Region Gösting/Raach an das öffentliche Verkehrsnetz zu rechnen?*

**Kahr:**

Unabhängig von der Stadtteilversammlung, die im Juni stattgefunden hat und übrigens ein einstimmiger Bezirksratsbeschluss, ich glaube sogar, die Kollegin von der SPÖ hat das damals eingebracht, war ich eben schon davor mehrmals in Raach, weil natürlich auch die Bevölkerung dort sich direkt an mein Büro wendet und wir uns dann immer selbst vor Ort ein Bild machen. Da haben die Leute beklagt, dass sich dieses Anliegen schon über mehrere Perioden hinzieht, das ist nicht erst neu, sondern schon sehr lange. Der Unterschied ist, dass ich bei der Stadtteilversammlung dort war und da haben wir nicht nur über dieses Anliegen, sondern vor allem auch über die künftige Nordwestlinie, wenn Sie sich erinnern, diskutiert und gesprochen, weil das vor allem die Bevölkerung interessiert hat, die Göstinger Bevölkerung; aber jetzt zum springenden Punkt. Diese Fahrplanwünsche, die aus meiner Sicht völlig zu Recht von der Bevölkerung kommen, haben wir damals selbstverständlich gleich an das Land Steiermark herangetragen und auch an den Verkehrsverbund, die ja hier auch die Zuständigkeit haben. Dazu hat es auch im Herbst mehrere Gespräche mit meiner Abteilung und dem Land Steiermark gegeben, um eine Lösung hier herbeizuführen. Die Rückmeldung war aber damals so, vielleicht ist das auch der Landtagswahl geschuldet, dass dann irgendwie die Sachen halt ein wenig auf Eis liegen, oder wie auch immer, aber auch die Prioritätenliste des Landes, was den Regionalverkehr Graz und Graz-Umgebung betrifft. Nämlich die Prioritätenlistung ist die S-Bahn-Verdichtung und der Regionalbus im Korridor Süd. Deshalb haben wir aber unabhängig davon vor kurzem wieder Kontakt aufgenommen, um zu ermöglichen und zu schauen, ob nicht doch auch

bezüglich der Raacher Bevölkerung etwas weitergehen kann und da ist uns zugesagt worden von Seiten des Landes, dass sie dieses Thema wieder aufgreifen werden.

**Moser:**

Danke, Frau Stadträtin. Ich korrigiere, es war die FPÖ und die FPÖ hat Unterschriften gesammelt, über 120 Unterschriften, die notwendig sind, in Gösting, damit sie im Bezirksrat dieses Thema durchbringen konnte. Das ist so.

*Zwischenruf StR<sup>in</sup> Kahr: Das müsst ihr euch im Bezirksrat ausmachen.*

**Moser:**

Ja, ok. Das ist schon klar, aber Sie sagen hier vor dem Gemeinderat, es könnte sein, dass das die SPÖ gemacht hat, das ist eben nicht korrekt. Dann dürfen Sie das bitte nicht so bringen. Da bitte ich um Verständnis. Das Problem für uns ist dringend, oben, oder für die Bürger ist es dringend, es gibt nämlich oben kein Gasthaus. Es gibt nämlich da oben kein Kaufhaus derzeit geöffnet, das ist Fakt. Es wohnen dort über 500 Bürger und es geht lediglich um eine Entfernung von 2 bis 3 Kilometer und das ist brennend oben und deshalb auch meine Anfrage an Sie. Es sind die Bürger zu uns gekommen und haben gesagt, Radweg, ich bin schon etwas älter, ich schaffe das nicht. Es wäre wirklich die Anbindung, dass man hier von Graz-Nord, vom Center Nord, das schafft und es ist auch so, es sind Bürger zu uns gekommen, die gesagt haben, ich bekomme die große Pendlerpauschale, ich verzichte aber gerne darauf. Ich brauche nur zum Hauptbahnhof zu kommen. Ich muss mir eine Garage mieten und ich würde gerne im Sinne des Umweltschutzes hier verzichten auf die Pendlerpauschale. Das zu dem Ganzen und die Frage, die ich hier in dem Zusammenhang stellen möchte, die Zusatzfrage: Würden Sie

sich dafür einsetzen, eine Konzessionierung für die Graz-Linien auf dieser Strecke Graz-Nord bis in die Raach zu erreichen?

**Kahr:**

Noch einmal, in erster Linie wäre es ein Landesprojekt. Ich kann mich gerne auch dafür einsetzen, wie nicht nur in diesem Fall auch für andere verbesserte ÖV-Anbindungen, aber wie Sie wissen, sind in der Holding auch Kollegen Ihrer Fraktion mitentscheidend. Wenn Sie die nötigen Mittel dafür zur Verfügung stellen, dann haben wir das in einem Monat. Da müssen Sie mit Ihrem Koalitionspartner sprechen.

***Ende der Fragestunde um 13.37 Uhr.***